Nr. 305

Tatsachen und Argumente

**Bundeskanzler
Willy Brandt,
Vorsitzender der SPD,**
*hielt bei der Generalratskonfe-
renz 1971 der Sozialistischen
Internationale am 26. Mai 1971
in Helsinki folgende Rede:*

"Politik für Frieden und Zusammen- arbeit in Europa"

Finnland als Beispiel für Europa

Es ist eine dankbare Aufgabe, hier
in Helsinki über Frieden und Zu-
sammenarbeit in Europa sprechen
zu können.

In diesem Land, das unserer Kon-
ferenz Gastfreundschaft gewährt,
hat man ein durch geschichtliche
Erfahrung geschärftes Bewußt-
sein, was Friede und gute Nach-

barschaft im Zusammenleben der Völker bedeuten.

Vor fast zwanzig Jahren, bei der Einweihung eines Denkmals für die Gefallenen des Krieges, sagte Präsident Kekkonen: -Nur unter dem Schutz des Friedens kann eine jede Nation zum Ausdruck bringen, was am besten für sie ist, und einen bleibenden Beitrag für die eigene und die Wohlfahrt der Welt leisten."

Finnland ist ein Beispiel für den Willen zur Selbstbehauptung und zugleich für nationale Eigenständigkeit im Zeitalter der Supermächte, der Machtblöcke und der regionalen Zusammenschlüsse. Hier zeigt sich, wie ein relativ kleines Volk durch eine umsichtige Politik eine geographisch und politisch nicht leichte Sonderlage für die Sache der Verständigung nutzbar machen kann.

Finnland hat, was wir alle zu würdigen wissen, in den Bemühungen um Ausgleich und Zusammenarbeit in Europa eine aktive Rolle übernommen. Ich meine, wir soll-

ten unseren finnischen Gastgebern ein Wort der Ermutigung sagen, ihr Suchen nach Ansätzen und Verbindungen fortzusetzen.

Ansatzpunkte gesamteuropäischer Zusammenarbeit nutzen

Frieden und internationale Partnerschaft sind gemeinsame Zielsetzungen der Parteien, deren Vertreter sich zu dieser Tagung in der finnischen Hauptstadt versammelt haben. Sozialdemokraten begnügen sich nicht damit, diese Ziele als Bekenntnisse auf den Lippen zu führen. Ihre Sache ist es, in guten wie in schlechten Zeiten für eine Politik der Vernunft und der Zusammenarbeit einzutreten.

Ich übersehe nicht die Probleme, die von Land zu Land, von Region zu Region verschieden sind. Aber es gibt doch eine Reihe von vergleichbaren Faktoren und Tendenzen, die gerade im Hinblick auf Europa von Bedeutung sind. So

wissen wir, daß der Frieden in unserer Welt von jedem Orte aus gefährdet werden kann. Spannungen in einer Region wirken sich auf andere Regionen aus; damit trägt jeder Staat mit an der Verantwortung für den Frieden.

Weiter: Die Entspannung ist keine Einbahnstraße; sie bedarf einer gemeinsamen Anstrengung aller dazu bereiten Kräfte, bei der jeder ein Gebender und keiner allein der Nehmende sein darf. Eine Politik des Alles-oder-Nichts dient dem Frieden nicht.

Außerdem jedoch: Verständigungsbereitschaft kann nicht Selbstaufgabe bedeuten. Solange Armeen und Rüstungen zur weltpolitischen Realität gehören, kann der Friede nicht ohne Wachsamkeit und ausreichende Sicherheitsvorkehrungen gewährleistet werden.

Zu den Realitäten im heutigen Europa gehört die tiefgreifende Teilung des Kontinents in rivalisierende Gesellschaftssysteme und die Zuordnung der meisten Staa-

ten zu zwei hochgerüsteten Blöcken. An wesentlichen Elementen dieses Zustandes wird sich vermutlich auf längere Sicht wenig ändern.

Zu den Realitäten gehört ferner die Erkenntnis, daß jeder Versuch, die gegenwärtige Situation in Europa mit Gewalt zu ändern, in einem Vernichtungskrieg, einer Katastrophe enden würde.

Zu den Realitäten gehört auch ein wachsendes Bewußtsein der Gefahren, die von der militärischen Konfrontation in Europa in Verbindung mit den politischen Spannungen ausgehen. Dabei hat sich gezeigt, daß ideologische Gegensätze einem sachlichen Dialog durchaus nicht im Wege zu stehen brauchen.

Es gibt Bereiche gemeinsamer Interessen zwischen allen Staaten Europas, seien sie bündnisverpflichtet oder bündnisfrei - Interessen, die Ansatzpunkte einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit bieten. Es geht darum, sie zu nutzen.

Die Zusammenarbeit Europas über die Blöcke hinaus gehört zu den großen Hoffnungen der Völker.

Lassen Sie mich gleich hinzufügen, was ich vor knapp drei Jahren in Genf gesagt habe und hier unterstreichen möchte: ~Was immer man unter der Interessensphäre einer nuklearen Großmacht verstehen mag, es ändert nichts daran, daß die universalen Prinzipien des allgemeinen Völkerrechts, wie sie auch in den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen ihren verbindlichen Ausdruck finden und uneingeschränkt gültig bleiben, nicht verletzt werden dürfen: Souveränität - territoriale Integrität - Gewaltlosigkeit - Selbstbestimmungsrecht der Völker - Menschenrechte."

Daraus ergab und ergibt sich: Sicherheitsgarantien, Abrüstung und andere günstige Perspektiven können mit Aussicht auf Erfolg nur erörtert werden, wenn ein gemeinsamer Wille und gemeinsame

Vorschläge die Maßstäbe der Ordnung zurechtrücken, die die Staatengemeinschaft - zumal in Europa - dringend braucht.

Die Politik meiner Partei und meiner Regierung ist auf dieses Ziel gerichtet. Unsere Politik beschränkt sich nicht darauf, anderen zu applaudieren, wenn sie von Frieden reden. Wir fragen uns, was man selbst tun kann - ohne den eigenen Einfluß zu überschätzen und sich zu übernehmen -, um Spannungen abzubauen, Bereiche sachlicher Zusammenarbeit zu erschließen und so den Frieden sicherer zu machen.

Für das, was man ~deutsche Ostpolitik" nennt, hat es Lob und Tadel gegeben. Nun, man soll sich durch Zustimmung nicht übermäßig machen und durch Ablehnung nicht entmutigen lassen. Aber ich denke, es ist notwendig, an zweierlei zu erinnern:

Erstens, daß unsere Bemühungen um Ostverträge eine Konsequenz der in den fünfziger Jahren abgeschlossenen Westverträge und der

Erfahrungen sind, die in den sechziger Jahren mit der Konfrontation gemacht werden mußten. Wir wollen gleichberechtigte Partner bei der Organisation des Friedens werden.

Zweitens, daß die Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland eingebettet sind in gleichgerichtete Anstrengungen ihrer Partner und Freunde. Wir sind loyale Partner der Atlantischen Allianz und energische Befürworter der westeuropäischen Einigung.

Die europäische Einigung -- Politik für die Organisation des Friedens

Ich widerspreche denen, die einen Gegensatz vermuten zwischen der voranschreitenden westeuropäischen Einigung und dem Bemühen um gesamteuropäische Zusammenarbeit. Meiner Überzeugung nach ergänzt das eine das andere. Jedenfalls sehe ich die EWG, ihre Erweiterung und Ver-

tiefung, nicht nur als einen ökonomischen Vorgang von großer Bedeutung, sondern auch als politischen Ansatz, der für die Organisation des Friedens viel bedeuten kann.

Auch Skeptiker haben sich in den letzten Wochen von der wirtschaftlichen Dynamik der Europäischen Gemeinschaft erneut überzeugen können. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß dieser in der Geschichte der Staaten neuartige Verband auf die Formung eines politischen Willens orientiert ist. Die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes wird nicht nur zu quantitativem, sondern auch zu qualitativem Wachstum führen.

Die Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens haben begrüßenswerte Fortschritte gemacht. Ich vertraue auf den Erfolg dieses dritten Anlaufs. Und ich sage: Westeuropa braucht Großbritannien. Ein Scheitern kann sich keiner von uns jetzt mehr leisten.

Wenn ich hier von Erweiterung spreche, dann denke ich nicht nur an die vier Länder, die über ihren Beitritt verhandeln. Ich denke auch an diejenigen Staaten, die an einer andersgearteten Form der Zusammenarbeit interessiert sind. Es ist wichtig, daß die Anträge dieser Staaten nicht auf die lange Bank geschoben, sondern daß sie sachgemäß behandelt werden.

Die Erweiterung der EWG darf nicht zu neuen intereuropäischen Barrieren führen. Sie darf auch keine Blockierung internationaler Handelsbeziehungen bewirken.

Meine Freunde und ich sind seit langem für eine erweiterte und weltoffene EWG eingetreten. So sage ich auch heute: Es kann nicht darum gehen, eine Zitadelle zu errichten, hinter deren Mauern man sich verschanzt. Die Gemeinschaft muß die Aufgaben der Kooperation in Europa erkennen. Sie muß sich als ein Bauelement einer künftigen gesamteuropäischen Friedensordnung begreifen. Und

sie muß ihre über den Kontinent hinausreichende Verantwortung begreifen.

Die fortschreitende westeuropäische Einigung stellt den sozialdemokratischen Parteien - und den Gewerkschaften - besondere Aufgaben. Sie müssen ihre Vorstellungen besser aufeinander abstimmen, damit sie den Prozeß des Zusammenschlusses positiv beeinflussen können.

Ich bin gegen eine ideologische Einengung dieses Prozesses. Aber ich bin dafür, die gleichgerichteten Kräfte so zusammenzuführen, daß die berechtigten Forderungen nach einem Ausbau der sozialen Demokratie neben der wirtschaftlichen Entwicklung in der Gemeinschaft nicht zu kurz kommen.

Es geht schließlich um mehr als ein "Europa der Geschäfte". Es geht um ein Europa, das auf dem Feld der sozialen Gerechtigkeit, der Chancengleichheit und der demokratischen Mitverantwortung zu einem lebendigen, möglichst

vorbildlichen Wesen wird. Die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften haben - bei allen strukturellen Schwierigkeiten, die mir wohl bewußt sind - entscheidend mit dafür zu sorgen, daß die Europäische Gemeinschaft sich als ein sozial fortschrittlicher großer Verband entwickelt und bewährt.

Entspannung in Mitteleuropa und was die Deutschen dazu tun können

Was die Bundesrepublik Deutschland angeht, so habe ich schon darauf hingewiesen, daß unsere Politik aus den Gegebenheiten unserer Entwicklung und unserer Erfahrungen heraus atlantisch und westeuropäisch verankert ist. Aber es gibt natürlich Bereiche, in denen wir uns nicht vertreten lassen können, sondern in denen das Eis nur von uns selbst gebrochen werden kann.

So hat eine feierliche Erklärung über die Unverletzlichkeit der eu-

ropäischen Grenzen, wenn sie von der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen wird, ein besonderes Gewicht.

So ist die Aussöhnung mit Polen ein spezifischer - wie ich meine: auch moralischer - Beitrag zum europäischen Frieden.

Das besondere Verhältnis zur Sowjetunion - als eine der für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächte - erfordert aus unserer Sicht besondere Bemühungen.

Schließlich ist die Regelung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten, in denen die deutsche Nation heute lebt, vor allem Sache der Deutschen selbst: Niemand kann uns diese Aufgabe abnehmen, wenn wir dabei auch auf das Verständnis und die Unterstützung anderer angewiesen sind.

Die Politik der Bundesrepublik Deutschland war eine Zeitlang - wohl nicht ganz ohne Grund - dem Vorwurf ausgesetzt, es werde zu wenig getan, um die Entspannung in Europa zu fördern. Seit-

dem nun werden wir manchmal gefragt, ob wir auf dem Gebiet der Ostpolitik nicht vielleicht zuviel des Guten getan hätten. Lassen Sie mich dazu sagen:

Wir bemühen uns um das erforderliche Augenmaß und die gebotene Nüchternheit. Wir jagen keinen Illusionen nach, und wir opfern keine bewährten Freundschaften. Ich meine jedoch: Es war notwendig und an der Zeit, mit dem Versuch einer Bereinigung zu beginnen. Wir konnten und wollten nicht beiseite stehen und 25 Jahre nach Kriegsende ein ungeklärtes Verhältnis zu den Staaten im Osten Europas fort dauern lassen.

Die Verträge, die wir im vorigen Jahr mit der Sowjetunion und Polen abgeschlossen haben, sind nach unserer Überzeugung ein Beispiel, um zur gleichberechtigten Partnerschaft bei der Organisation des Friedens zu kommen.

Wir hoffen, auch mit der Tschechoslowakei zu einer vertraglichen

Regelung unserer Beziehungen zu gelangen.

Unabhängig davon habe ich in meiner Regierungserklärung vom Oktober 1969 ausgeführt, daß wir selbstverständlich bereit sind, mit allen Staaten, die unseren Wunsch nach friedlicher Zusammenarbeit teilen, diplomatische Beziehungen zu unterhalten und die bestehenden Handelsbeziehungen zu verstärken.

Verzicht auf Gewalt; die Verpflichtung, Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu regeln; die Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen; die Achtung der territorialen Integrität - das sind ohne Zweifel wichtige Elemente für eine wirksame Entspannung und Bausteine für die Organisation des Friedens.

Nun wird man zugeben müssen, daß alle Reden über Entspannung wenig Sinn ergeben, wenn es nicht jedenfalls gelingt, den Spannungs- und Gefahrenpunkt Berlin zu entschärfen.

Eine wirksame und dauerhafte Verbesserung der Lage in und um Berlin ist heute ein Test des gegenseitigen Vertrauens. In unseren Gesprächen mit der Sowjetunion haben wir - auch vor der Unterzeichnung des Vertrages vom 12. August vergangenen Jahres - keinen Zweifel an dieser Überzeugung gelassen.

Natürlich waren wir nicht so törricht, der Sowjetunion Bedingungen stellen zu wollen; wir haben uns selbst auch keine Bedingungen stellen lassen. Aber wir handelten - auch als wir den Moskauer Vertrag unterzeichneten - in der Überzeugung, daß der Frieden in Europa nicht sicher würde, wenn der Kalte Krieg um Berlin fort dauern könnte. Diesen sachlichen Zusammenhang wird niemand übersehen können.

Bei den Viermächte-Gesprächen geht es um komplizierte Verhandlungen zwischen sehr unterschiedlichen Partnern. Nach allem, was zurückliegt, darf man sich nicht wundern, daß die Verhandlungen

schwierig sind. Ich sage dies als einer, dem aus der Vergangenheit ein gewisser Sachverstand nicht abgesprochen werden kann und der in der Gegenwart vitale Interessen in bezug auf die Zusammengehörigkeit mit West-Berlin wahrzunehmen hat.

Aber ich meine, die Situation sollte genutzt werden. Es ist möglich, zu Ergebnissen zu kommen: zugunsten der Menschen in Berlin und zugleich zugunsten Europas. Denn die Chance ist gegeben, einen Punkt der Spannung zu verlieren und einen Ort der Entspannung zu gewinnen.

Im Schatten der Berlin-Verhandlungen hat unser Meinungs austausch mit der DDR begonnen. Er kann heute nicht die staatliche Einheit zum Gegenstand haben. Was aus Deutschland als Ganzem wird, hängt von der künftigen Entwicklung zwischen Ost und West und zwischen den Teilen Europas ebenso ab wie vom künftigen Willen des deutschen Volkes.

Heute gilt es zu bedenken, daß zwanzig Jahre kalten Bürgerkrieges nicht mit einer noch so intensiven Offensive des Lächelns auszulöschen wären. Die Mauer in Berlin und der Stacheldraht mitten durch Deutschland haben nichts von ihrer Widernatürlichkeit und von ihrer Unmenschlichkeit verloren. Sie stehen, wie ich meine, weiterhin gegen den Strom der Geschichte. Aber ich fürchte, wir werden noch lange mit der Widernatürlichkeit zu leben haben, während es doch möglich sein sollte, die Unmenschlichkeit schrittweise abzubauen.

Wir sind bestrebt, unser Verhältnis zur DDR zu regeln, und zwar auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit in der Ordnung der inneren Angelegenheiten, in der zwischen Staaten üblichen verbindlichen Form.

Meine Begegnungen in Erfurt und Kassel im vorigen Jahr führten noch nicht zu wesentlichen Ergebnissen. Der seit einigen Monaten

zwischen Vertretern der beiden Regierungen geführte Meinungs-austausch erfolgt durchaus sachlich, aber er berechtigt noch nicht zu Ankündigungen.

Das von der DDR neuerdings wieder betonte Programm der "völligen Abgrenzung" gegenüber der Bundesrepublik ist gewiß nicht *hilfreich*; es zeugt auch nicht von ausgeprägtem Selbstbewußtsein. Aber gerade deswegen sage ich: Die unverkennbaren und unverwischbaren Gegensätze brauchen kein Hindernis für die Schaffung von vertraglich geregelten Verhältnissen zu sein, die zweier gleichberechtigter Staaten im Herzen Europas würdig sind und den Interessen der betroffenen Menschen Rechnung tragen.

Wir sind jedenfalls bereit, ohne Verwischung der Gegensätze den begonnenen Prozeß fortzusetzen. Aus der vertraglichen Regelung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten wird sich dann auch deren friedlicher Wettbewerb auf der internationalen Ebene ergeben.

Der Weg zur europäischen Sicherheit

Die Politik, von der ich gesprochen habe, will nicht nur bilaterale Beziehungen verbessern. Sie will mithelfen bei den in Gang gekommenen Bemühungen um eine umfassende Erörterung von Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit. An einer solchen Erörterung besteht ein weitreichendes Interesse in Europa und Amerika, in beiden Bündnissen und nicht zuletzt bei den Neutralen.

Meine Regierung hat an dem Gedanken einer Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von Anfang an ein starkes Interesse bekundet. Wir haben dies auch bei den vorbereitenden Gesprächen für den Vertrag mit der Sowjetunion deutlich gemacht. So heißt es in einer der dabei formulierten Absichtserklärungen - und wir stehen zu unserem Wort: "Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der UdSSR begrü-

ßen den Plan einer Konferenz über Fragen der Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und werden alles von ihnen Abhängende für ihre Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung tun."

Auf einer Konferenz über die Sicherheit in Europa - an der die nordamerikanischen Partner der westlichen Allianz teilnehmen werden - wird gewiß mit Vorteil über Fragen der wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit beraten werden können. Ich will diesen Aspekt, von dem ich selbst schon vor Jahren gesprochen habe, gewiß nicht unterbewerten.

Zu den politischen Aufgaben einer gesamt-europäischen Konferenz gehören unzweifelhaft auch die Themen des Gewaltverzichts und der allseitigen Zusammenarbeit zum gemeinsamen Vorteil.

Aber es liegt doch auf der Hand, daß eine oder eine Serie von Konferenzen über die Sicherheit in

Europa ihren Sinn nicht erfüllen, wenn auf ihnen nicht vor allem über spezifische Sicherheitsfragen gesprochen werden würde.

Wenn wir Entspannung wollen, muß es darum gehen, mehr Sicherheit durch weniger Rüstungen zu erreichen.

Diese Fragen dürfen jedenfalls nicht ausgeklammert werden, sondern sie müssen aus der Sicht der einzelnen Länder, ob sie nun einem der Bündnisse angehören oder nicht, im einzelnen erläutert werden können.

In diesem Zusammenhang darf ich an die Vorschläge erinnern, die - unter meiner damaligen Mitwirkung als Außenminister - auf der Ministerratskonferenz der NATO in Reykjavik im Juni 1968 vorgelegt und "signalisiert" wurden. Eine Konkretisierung erfolgte durch die Erklärung von Rom im Mai 1970 und eine **Bekräftigung** im Kommuniqué von Brüssel im Dezember 1970. Ich bin sicher, daß die Außenminister **des**

Atlantischen Bündnisses auf ihrer kurz bevorstehenden neuen Tagung wesentlich Ergänzendes zu diesem Thema festzustellen haben werden.

Dies ist auch geboten, nachdem die sowjetische Seite vor kurzem ihre Bereitschaft bekundet hat, mit Verhandlungen über einen Abbau von Truppenstärken in Europa zu beginnen. Wichtig war, daß hierzu unmittelbar eine positive amerikanische Erklärung abgegeben wurde.

Die Frage der Sicherheit in Europa wird also konkreter. Und die Verhandlungen darüber werden natürlich nicht nur die Führungsmächte der beiden Allianzen führen können, sondern dabei wird eine Mehrzahl europäischer Staaten ihre Rolle zu spielen haben.

Dies gilt auch für die amerikanisch-sowjetischen Absprachen, was die weiteren Verhandlungen über die strategischen Waffen (SALT) angeht. Für eine gleichmäßige und ausgewogene Truppenreduzierung ist die Mitwir-

kung der Bundesrepublik Deutschland jedenfalls unerlässlich, denn unser Territorium gehört zu dem Gebiet mit der stärksten Anhäufung von Zerstörungspotential, das es je in der Geschichte gegeben hat.

Wir sind offen für nicht nur bilaterale, sondern auch multilaterale Erörterungen hierüber, auch im Vorfeld einer Konferenz über die Sicherheit in Europa. Was wir nicht schätzen würden, wäre, wenn irgendeine Seite einen Vorwand suchte, um die Berlin-Verhandlungen nicht zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen.

Meine Partei hat das Konzept eines beiderseitigen, ausgewogenen Abbaus von Truppen und Rüstungen seit langem vertreten. Meine Regierung hat eigene Anregungen dazu beigesteuert.

Noch vor dem "Signal" von Reykjavik habe ich im Dezember 1967 in unserem Bundestag als Außenminister darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik Deutschland

bereit sei, an einem Abkommen mitzuwirken, das im Zuge einer ausgewogenen Verminderung aller Streitkräfte auch zur stufenweisen Verminderung der Kernwaffen in ganz Europa führt. Diese Bereitschaft gilt weiter.

Lassen Sie mich jedoch in allem Freimut hinzufügen: Solange militärische Machtmittel vorhanden sind, die ausdrücklich oder auch vorwiegend der Politik der Mächte Nachdruck verleihen sollen, solange kann auch der friedliebendste Staat nicht darauf verzichten, seine Unabhängigkeit und seine territoriale Integrität durch eigene militärische Anstrengungen zu schützen.

Das Bündnis, zu dem die Bundesrepublik Deutschland gehört, erschöpft sich nicht in einem militärischen Auftrag. Die Erörterungen, die seit einigen Jahren über die Aufgaben der Nordatlantischen Allianz geführt werden, haben den gemeinsamen Willen sichtbar gemacht, die friedenssichernde Rolle des Bündnisses zu

verstärken. Wir sind uns mit unseren Verbündeten einig, daß militärische Wachsamkeit und eine Politik der Entspannung einander ergänzen müssen.

Die Völker wollen den Frieden. Das ist die Verpflichtung für die Politiker

Nachdem ich dies noch einmal deutlich gemacht habe, möchte ich hinzufügen, daß Verhandlungen über den beiderseitigen und ausgewogenen Abbau von Truppen natürlich nicht einfach sein werden. Eine populäre Formel darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es hier um komplizierte Fragen geht.

Im übrigen müssen wir uns im Zusammenhang mit einer Konferenz dafür einsetzen, daß jegliche Aggression sowie die direkte und indirekte Androhung einer Aggression als ein Verstoß gegen den allgemeingültigen Grundsatz der

Gewaltlosigkeit als verboten gilt, wie es auch in den Prinzipien des Artikels 2 der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt ist.

Der Verzicht auf die Anwendung und Androhung jeglicher Form von Druck und Gewalt, die die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit eines Staates bedrohen könnte, sollte von den europäischen Staaten und für sie allgemein bekräftigt werden.

Weiter sollten die europäischen Staaten ihre Verpflichtung bestätigen, die internationalen Beziehungen auf der Grundlage der souveränen Gleichheit und der Selbstbestimmung der Völker zu gestalten und auftretende Schwierigkeiten auf friedlichem Wege zu regeln.

Sie sollten auch eine möglichst ausgedehnte internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel vereinbaren, die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen zu verwirklichen und damit einen Schritt zur Befreiung der Menschen von der Furcht zu tun.

Verehrte Freunde: Die Völker in Ost und West, in Nord und Süd wollen den Frieden. Lassen Sie uns hier und für unsere weitere Arbeit einander geloben, daß wir diesem Willen der Völker zum Durchbruch verhelfen wollen.

Dann werden wir auch die Grundlagen festigen, auf denen der de-

mokratische und soziale Fortschritt in unserem Teil der Welt dauerhaft gedeihen kann.

Dies ist eine schwere Aufgabe. Aber ich wüßte keine wichtigere und keine schönere Aufgabe, der man sich in dieser Zeit widmen kann.